

Initiative „Betroffene Eltern“
www.betroffene-eltern.com
Tel. 0178 7170581

PRESSEERKLÄRUNG

20. April 2011

Wir wehren uns gegen die heuchlerische Manipulation der Öffentlichkeit! Wir setzen ein klares Zeichen gegen die unehrliche Imagekampagne der Jugendämter!

Flashmop gegen den Machtmissbrauch von Jugendämtern am 3. Mai 2011, 9.30 Uhr in Berlin

Die Jugendämter wollen ihr schlechtes Image loswerden. Mit Hilfe von Steuergeldern und einer professionellen PR-Agentur wollen sie ihr öffentliches Ansehen auf Hochglanz polieren. In den Aktionswochen vom 3. Mai bis zum 8. Juni 2011 beteiligen sich Jugendämter unter dem Motto „Das Jugendamt. Unterstützung, die ankommt.“ bundesweit mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen an der Kampagne. Die Kampagne wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter gemeinsam mit den Jugendämtern in den Städten und Landkreisen umgesetzt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die kommunalen Spitzenverbände unterstützen die Kampagne.

„Familien begleiten und beraten, damit das Familienleben glückt.“ – Für viele betroffene Eltern, denen das Jugendamt die Kinder ohne das Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung weggenommen hat, klingt die heuchlerische Selbstdarstellung der Jugendämter in den Kampagnenmaterialien wie Hohn (Kampagnen-Homepage: www.unterstuetzung-die-ankommt.de).

Doch statt ihr Verhalten zu ändern und sich tatsächlich darum zu kümmern, Familien und Kinder stark zu machen, soll mit Hilfe eines bundesweiten Werbefeldzuges ein Bild der Jugendämter in die Öffentlichkeit vermittelt werden, das mit der Realität nichts zu tun hat. Statt sich selbstkritisch mit den schwerwiegenden Eingriffen in die Grundrechte von Kindern und Eltern auseinanderzusetzen, soll eine Imagekampagne gestartet werden, die alle Probleme hinter einer PR-Fassade verstecken und verbergen soll. Statt offen und reflektiert mit Betroffenen ins Gespräch zu kommen und sich die Sorgen und Nöte der Eltern und Kinder anzuhören, sollen Kinderfeste überall in Deutschland instrumentalisiert werden, um unbedarften Eltern das realitätsferne Bild einer rosarot lackierten, heilen „Jugendamts-Welt“ vorzugaukeln.

Dass es nicht um einen ehrlichen Dialog mit den Eltern, sondern ausschließlich um ein imageorientiertes „Kommunikationsziel“ im Interesse einer staatlichen Behörde geht, zeigt sich schon daran, dass die pressewirksam geplante Auftaktveranstaltung mit „Familienministerin“ Schröder in Berlin für normale Eltern und Kinder verschlossen bleiben soll.

Die Initiative „Betroffene Eltern“ will ein öffentlich sichtbares Zeichen setzen und das öffentliche Bild der Jugendämter ins rechte Licht rücken. Deshalb rufen wir parallel und zeitgleich zur Auftaktveranstaltung im Familienministerium zu einem spontanen Flashmob betroffener Eltern auf.

Liebe Mitmenschen, liebe Mitstreiter, liebe Unterstützer, liebe Jugendamtgeschädigte!

Beteiligt Euch möglichst zahlreich an unserem

**Flashmob gegen den Machtmissbrauch durch Jugendämter
vor dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Glinkastraße 24

10117 Berlin

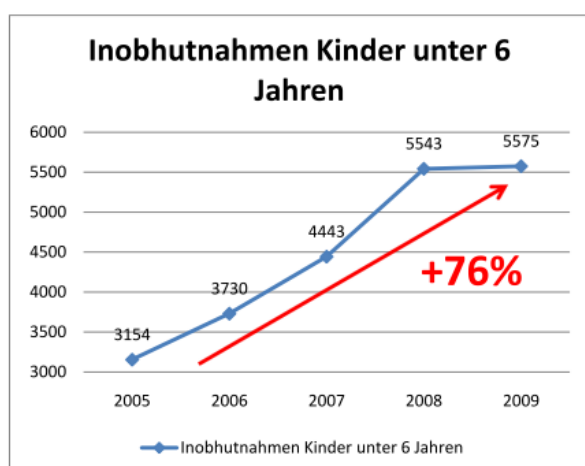
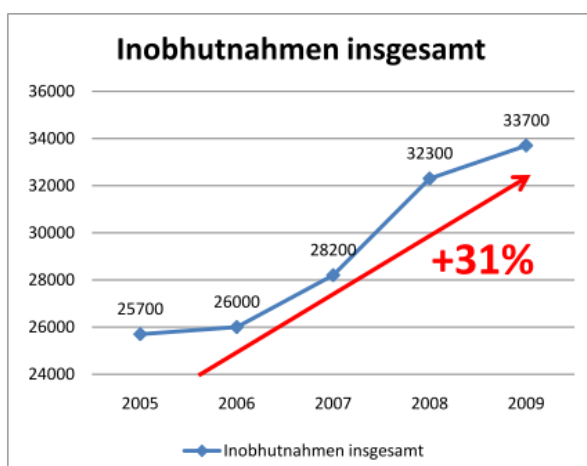
Dienstag, 3. Mai 2011, 09.30 Uhr

Wir wollen mit Bildern unserer vom Jugendamt entführten Kinder und mit Kerzen auf den Machtmissbrauch durch die Jugendämter aufmerksam machen und die Öffentlichkeit für die Missstände sensibilisieren. Die Deutungshoheit über die Behörde Jugendamt darf nicht der Behörde selbst überlassen bleiben!

Hintergrund: Was die Imagekampagne der Jugendämter verschweigen will

Das Kampagnenmaterial, das im Rahmen der Jugendamts-Kampagne unters Volk gebracht werden soll, ist pure Desinformation. Die bittere Realität sieht anders aus – und wird bewusst verschwiegen. Das ist vorsätzliche Täuschung der Öffentlichkeit.

Fakt ist: Die Zahl der sogenannten Inobhutnahmen durch Jugendämter ist in den letzten 5 Jahren um über 30 Prozent gestiegen. Bei den ganz Kleinen unter 6 Jahren haben die Inobhutnahmen sogar um über 75 Prozent zugenommen. In vielen vielen Fällen geht es nicht mehr darum, Kinder vor Missbrauch, Gewalt oder Verwahrlosung zu schützen. Im Gegenteil: In vielen vielen Fällen wird das Kindeswohl erst durch die Inobhutnahme und die anschließende Heimunterbringung gefährdet. Eine wirkungsvolle Kontrolle der Jugendämter, eine effektive Überprüfung der Entscheidungen von Jugendämtern findet nicht statt. Auch die Familiengericht verlassen sich nur allzuoft auf die „fachlichen Empfehlungen“ der Jugendämter, die mit einer Definitionshoheit und dadurch mit einer nahezu unbegrenzten Machtfülle ausgestattet sind. Der rechtsstaatliche Schutz der Grund- und Menschenrechte von Kindern und Eltern ist ausgehebelt.



Schlimmer noch: Sind die Kinder ersteinmal in staatlicher Hand, arbeitet die gesamte Maschinerie aus Jugendamt, Heimeinrichtungen und Jugendhilfeeinrichtungen darauf hin, die Kinder möglichst lange von den Herkunftsfamilien getrennt zu halten. Kinderschutz ist zu einem Markt geworden. Heime, Jugendhilfeverbände, Ärzte, Gutachter, Psychologen – sie alle verdienen am Kinderklau, zulasten von Kindern und Eltern – und auf Kosten der Steuerzahler.

Wo wirkungsvolle (und für die öffentliche Hand kostengünstigere) Hilfen für Familien gefragt wären, um Eltern und Kinder stark zu machen, werden Familien zerrissen und Kinderseelen für immer beschädigt. Damit muss Schluss sein!